



Vatikan empfängt den Bundespräsidenten mit höchsten Ehren:

Juden fallen wegen Einladung Waldheims über den Papst her

VATIKANSTADT, WIEN (Volksblatt, Ag) — Die überraschende Einladung Bundespräsident Kurt Waldheim zu einem offiziellen Besuch im Vatikan am Donnerstag kommender Woche hat in der jüdischen Welt einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Papst Johannes Paul II. warf sich durch die Vorwürfe jedoch nicht



Wiens Oberrabbiner Eisenberg, antisemitische Schlagzeilen und Schmierereien, Ausschreitungen zur Nazi-Zelt*, Mahnwache vor

Österreichs Juden haben wieder Angst

Sie erhalten Drohungen, werden beschimpft, gar tödlich angegriffen: die Juden in Wien. Gerade noch 6000 Mitglieder zählt die Gemeinde, einst waren es 180 000.

Während sich Bundespräsident Kurt Waldheim im Vatikan und in Jordanien als Staatsgast feiern ließ, denken viele Juden an Flucht aus dem Waldheim-Land.

Muriell Garfias war etwas mißtrauisch, als sie vor 14 Jahren nach Österreich flüchtete. Ein hoher Beamter des Innenministeriums beruhigte die linke Exil-Chilenin: „Der Antisemitismus ist hier überhaupt kein Problem.“

Und tatsächlich, Muriell Garfias, von Beruf Tanzlehrerin, erlebte in Wien „nichts Schlimmes“, obwohl sie den Davidstern offen am Halsband trug. „Doch seit der Waldheim-Wahl“, erzählt sie, „hat sich viel verändert.“

Voriges Jahr, als der Jüdische Weltkongreß in New York die Kriegsvergangenheit des neuen Staatsoberhauptes durchleuchtete, hörte sie bei einer Diskussion in der Straßenbahn erstmals das Wort „Saujud“. Plötzlich riß der gute Kontakt zu den Nachbarn ab. Jetzt wird Muriell Garfias von den Mitbewohnern des Hauses nicht einmal mehr begrüßt.

Ein 20jähriger, dem sie nicht gleich mit Kleingeld zum Telefonieren aus helfen konnte, nannte sie kürzlich eine „Scheißjüdin“. Bislang hat die Chilenin die Demütigungen geduldig ertragen, aber sie gesteht: „Ich habe nun viel Angst.“

Ihren Sohn Diego, einen Jurastudenten, beschlich vor zwei Monaten „erstmalig ein mulmiges Gefühl“. Gemeinsam mit einem Freund hatte er vor einem Einkaufszentrum im Arbeiterbezirk Donaustadt jiddische Lieder gespielt, als ein Mann von etwa 40 Jahren laut auf „die Juden“ schimpfte.

So wie Muriell und Diego Garfias fühlen sich unzählige Juden „im Wien des Jahres 1987 auf den Straßen nicht mehr sicher“, erklärte vorletzte Woche die Vereinigung Jüdischer Hochschüler.

Ein Jahr nach der Vereidigung Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten erlebt Österreich etwas Unfaßbares: Der Antisemitismus, der in den Köpfen vieler Bürger überlebt hat, kommt ans helle Tageslicht – trotz des Holocaust, dank Kurt Waldheim.

Rund 40 Jahre nach dem Ende der Nazi Herrschaft „traut sich der altbekannte Antisemitismus wieder aus den Löchern hervor“, beobachtete Regisseur Axel Corti; dessen erfolgreicher Film „Welcome in Vienna“ aller Welt eindringlich vorführt, daß Judenverachtung

seit jeher so zu Wien gehört wie die „Blutnuz“, die Blutwurst.

Meinungsbefrager ermittelten zwar jüngst in Österreich lediglich sieben Prozent Antisemiten – aber nur, weil sie den Begriff ganz eng faßten. Der Wiener Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg hält 50 Prozent der Österreicher für Antisemiten, Tendenz steigend. So haben sich, als Spontanreaktion auf bestimmte Sendungen, Anrufe antisemitischen Inhalts beim Staatssender ORF gegenüber 1976 vervielfacht. Auch nehmen Österreichs konservative Politiker immer seltener ein Blatt vor den Mund.

Schon im Wahlkampf hatte ÖVP-Generalsekretär Michael Graff von den „ehrwürdigen Gesellen“ des Jüdischen Weltkongresses gesprochen und damit die antisemitische Lawine losgetreten.

Jetzt erlaubte sich der Linzer Vizebürgermeister Carl Hödl in einem Brief an den Weltkongreß-Präsidenten Edgar Bronfman den Vergleich, dessen Aussa-

* Nach dem „Anschluß“ Österreichs wird ein jüdisches Kind gezwungen, das Haus seiner Eltern mit der Aufschrift „Jud“ zu beschmierern.



dem Stephansdom: Das Unfaßbare kommt aus den Köpfen ans Tageslicht

gen über Waldheim seien „wie die Ihrer Glaubensgenossen vor 2000 Jahren, die in einem Schauprozess Jesus Christus zum Tode verurteilen ließen, weil er in das Konzept der Herren von Jerusalem nicht paßte“.

Oberösterreichs christdemokratischer Landeshauptmann Josef Ratzenböck, ein aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge des angeschlagenen Parteichefs Alois Mock, verteidigte solche Aberwitz-Sprüche sogar noch. Vorletzte Woche, als die Wiener SPÖ Waldheim zum Rücktritt aufforderte und der Widerstandskämpfer Josef Hindels ihn einen „hinterhältigen Lügner“ nannte, verglich der ÖVP-Generalsekretär Hindels mit dem Nazi-Blutrichter Roland Freisler, dem Chef von Hitlers „Volksgerichtshof“.

Und als zahlreiche jüdische Organisationen gegen den Besuch Waldheims im Vatikan protestierten, komponierte die offizielle ÖVP-Parteizeitung „Neues Volksblatt“ die Schlagzeile: „Juden fallen wegen Einladung Waldheims über den Papst her.“ Noch am selben Abend wurde für viele orthodoxe Wiener Juden der Heimweg zum Spießbrutenlauf. Ein 50jähriger Mann grüßte den Rabbiner Zwi Ehrenberg und den Kaufmann Norbert Gang, die aus der Synagoge am Judenplatz kamen, mit „Heil Hitler“.

Als Gang den Provokateur aufforderte, zu verschwinden, antwortete der: „Geh in Orsch, du Saujud.“

In der Wiener Schmelzgasse drängten drei Jugendliche den Rabbiner Jacob Biedermann an die Wand und wollten ihn verprügeln. „Zum Glück“, erzählt Biedermann, „waren die alle betrunken, und ich konnte entkommen.“

Der Rabbiner berichtete den Vorfall weder der Polizei noch der Israelitischen Kultusgemeinde, er hält ihn für „nichts Besonderes“. Früher sei er zwei-, dreimal im Monat beschimpft worden, jetzt eben zwei-, dreimal pro Woche: „Diese Leute sind arm und nicht gebildet. Wenn ihnen so etwas gefällt, ist es ihr Problem.“

Vor allem die jungen Juden halten so viel Nachsicht für unangebracht. Häufiger als ihre Eltern, die den Holocaust zwar überlebt haben, davon aber oft nichts mehr wissen wollen, verweisen sie auf die Vergangenheit: 1938 lebten 180 000 Juden in Wien, heute zählt die jüdische Gemeinde gerade noch 6000 Mitglieder. In den anderen österreichischen Bundesländern sind es ein paar hundert.

„Wir haben viel zu lange geschwiegen“, bedauert Martin Engelberg, Vorstandsmitglied der Vereinigung Jüdischer Hochschüler.

Er hält den Antisemitismus für „eine Krankheit, welche die österreichische Gesellschaft in ihrer Mehrheit befallen hat, quer durch alle Altersgruppen und Schichten“.

Als Krankheitserreger bezeichnet Rechtsanwalt Daniel Charim einen besonderen „Fundus an Vorurteilen und die halbgemütliche Bösartigkeit“ in der Alpenrepublik. Jahrzehntlang habe dieses gefährliche Gemisch einen „Antisemitismus ohne Juden“ genährt, doch nunmehr, seit den Angriffen des Jüdischen Weltkongresses, „können viele Österreicher ihren Judenhaß auf persönliche Erfahrungen stützen“ (Charim).

Und die leben sie jetzt aus. Ohne Mühe konnte Martin Engelberg vergangene Woche zehn üble Vorfälle dokumentieren – gemeine Beleidigungen und gefährliche Drohungen. Längst hat sich im Wien Waldheims das Klima so gewandelt, daß nicht nur Beschimpfungen alltäglich sind; auch brutale Übergriffe häufen sich.

Juden werden von Taxifahrern aus dem Wagen geworfen oder auf offener Straße bespuckt – etwa der US-Staatsbürger Ernst Bernstein, als er seine ehemalige Wohnung in der Wiener Krummbaumgasse besuchen wollte.

Bei einer Veranstaltung der Sozialistischen Partei fragte ein 70jähriger Jude den Bundeskanzler Franz Vranitzky besorgt, ob die Regierung am Mieterschutz festhalte. Er fürchte, von seinem antisemitisch eingestellten Hausbesitzer gekündigt zu werden.

In bestimmten Wohnungen sind Juden ausdrücklich „nicht erwünscht“. Andererseits kennt die Wiener SPÖ-Abgeord-

nete Brigitte Ederer eine schöne Wohnung, in die niemand einziehen will: Sie liegt direkt neben einem jüdischen Bethaus.

Wie beängstigend die stetig wachsende Diskriminierung der Juden schon geworden ist, zeigte sich vorletzte Woche: Zwei jüdische Interviewpartner mochten sich im Fernsehen nur noch mit verdeckten Gesichtern über ihre Empfindungen äußern.

„Die Stimmung ist inzwischen so schlecht“, sagt Martin Engelberg, „daß ich Schlimmes befürchte – nicht nur von Neonazis, sondern einfach aus der Bevölkerung heraus.“

Österreichs Staatspolizei erwartet einen Anschlag auf die „Mahnwächter“ am Wiener Stephansplatz. Dort erinnern seit dem 8. Juni, dem Jahrestag der Waldheim-Wahl, geschichtsbewußte Österreicher an die österreichischen Widerstandskämpfer im Zweiten Weltkrieg.

Tag und Nacht wird seither an dieser Mahnwache diskutiert, und die Antinazis hören da etwa: „Geht's nach Sibirien!“ Oder: „Na, fürchten sich die Juden hier zu Recht? 42 Jahre ist ihnen nix geschehen.“

Peter Huemer, Initiator der Mahnwache, wertet die Debatten als Beweis dafür, daß es Österreich „nicht mehr gelingt, unerkant in die Geschichte zu entkommen“. „Nicht zuletzt aus Angst vor einem Blutvergießen“ (Charim) wird die Mahnwache schon am 8. Juli und nicht, wie geplant, erst zum Nationalfeiertag am 26. Oktober beendet.

Viele Juden haben das beklemmende Gefühl, in Wien einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Zwar hat die verschärfte Konfrontation der letzten Zeit auch „Solidarität in der Gefahr ausgelöst“, betont Oberrabbiner Eisenberg. Doch wie der Kaufmann Norbert Gang stellen sich nicht wenige die Frage: „Muß ich dieses Land jetzt verlassen?“

Einige Dutzend, möglicherweise schon 100 Juden haben sich zu diesem Schritt entschlossen. „Man muß auswandern“, sagt der Medizinstudent Doron Rabinovici, auch wenn dem Bundespräsidenten Waldheim, der sich vorige Woche als Staatsgast in Jordanien feiern ließ, „kein Blut an den Händen, sondern nur Schleim an den Spinnenfingern klebt“.

„Es gibt viele Familien“, weiß Diego Garfias, „die ihr Flugticket schon in der Tasche und ihre Wohnung in Israel bereits gekauft haben.“

Besonders verbittert ist der KZ-Überlebende Leon Zelman, der sich als Wien-Liebhaber („Diese Stadt ist ein faszinierendes Denkmal“) immer um die Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden bemüht hat. „Alles kaputt“, meint er, „Waldheim hat die halbe Nation für sich als Geisel genommen.“

Zelman wünscht sich nur noch eines: „Ich möchte morgen aufwachen, aufstehen und sagen können: Das war alles nur ein schlechter Traum.“

SÜDKOREA

Entscheidender Stoß

Nach wochenlangen Straßenschlachten mußte Präsident Chun kapitulieren und einen demokratischen Neuanfang versprechen.

Chun Doo Hwan, ehemaliger Fallschirmjäger-General, Putschist und autoritärer Herrscher über 41 Millionen Südkoreaner, besann sich im achten und letzten Jahr seiner Präsidentschaft auf eine Weisheit von Konfuzius.

„Wenn der Führer das Vertrauen seines Volkes verliert“, hatte der im koreanischen Denken von heute noch immer tiefverwurzelte Philosoph aus China einst gelehrt, „dann ist sein Recht zu herrschen verwirkt.“



Oppositionsführer Kim, Präsidentschaftsbewerber Roh: „Geniale Geste“

An diese Erkenntnis aus der konfuzianischen Harmonie-Lehre schien Diktator Chun vergangenen Mittwoch anzuknüpfen. „Egal wie gut ein Regierungssystem ist, es ist nutzlos, wenn das Volk es nicht will“, erklärte der Präsident in einer Rede, die, in Funk und Fernsehen live übertragen, von der Mehrheit der Südkoreaner als bedingungslose Kapitulation empfunden wurde.

Da die Opposition „nicht das geringste Zugeständnis zu machen bereit“ sei, so ein „nach vielen schlaflosen Nächten“ sichtlich übermüdeter Chun, müsse eben „das Regierungslager“ zurückstecken, „um den politischen Knoten zu entwirren ... und die Nation zu retten“. Der Präsident versprach, alle Bedingungen zu erfüllen, um den seit 26 Jahren von Militärdiktatoren beherrschten Südkoreanern eine demokratische Regierungsform zu beschern. Wenige Stunden spä-

ter wurden bereits die ersten politischen Gefangenen freigelassen.

Für die Opposition und ihre Anhänger (nach inoffiziellen Umfragen sprachen sich über 80 Prozent der Bevölkerung gegen Chun aus) war es ein sensationeller Triumph: Der Autokrat hatte früher schließlich nie gezögert, die regelmäßig in den Städten des Landes ausbrechenden Massenaufstände mit Polizei- und Militärgewalt niederzuschlagen.

Es war wohl nicht nur philosophische Einsicht, die Chuns plötzlichen Sinneswandel bewirkt hatte; in Wirklichkeit sah der Präsident keine andere Chance mehr, als die Flucht nach vorn anzutreten.

Der entscheidende Stoß, der seine Macht ins Wanken brachte, wurde paradoxerweise nicht von der Opposition geführt, sondern von seinem engsten Getreuen, dem Mann, den Chun als

seinen Nachfolger und politischen Erben auserwählt hatte: Roh Tae Woo, 54, Vorsitzender der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei, Ex-General und Vietnamkämpfer auch er.

Die Ernennung dieses langjährigen Kampfgenossen Chuns zum einzigen Präsidentschaftskandidaten am 10. Juni hatte die wüstesten Straßenschlachten seit 1980 ausgelöst. Denn Chun träumte zwar davon, im Februar 1988 als erster Herrscher in die Geschichte Südkoreas einzugehen, der sein Amt freiwillig und friedlich abgeben würde.

Aber die Opposition sollte dabei um jede Chance zum Machtwechsel betrogen werden: Statt seinen Nachfolger direkt vom Volk wählen zu lassen, wollte Chun ihn durch sorgsam verlesene Wahlmänner küren lassen. Der Präsident verbietet, über eine Änderung des Wahlsystems auch nur zu diskutieren.